

Partei der Vernunft fragt: Steuerbürger oder Steuervieh?

21.10.2009, 16:52 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Partei der Vernunft*
Presseagentur: *publicEffect.com*



Hans Kolpak, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Während 1960 die Staatsquote noch bei 32,9 Prozent lag, klettert Deutschland in 2009 mit circa fünfzig Prozent in der Europäischen Union herum. Resignation ist der Schlüssel zu diesem Unfug aus Umverteilung und Bürokratie. Wie in der pharmazeutisch orientierten Massentierhaltung Tiere medikamentös ruhiggestellt werden, um unter krankmachenden Lebensbedingungen zu funktionieren, so werden in Deutschland aus Steuerbürgern mit propagandistischen Mitteln graue Massen willenlos als Steuervieh geformt, das mit leeren Parolen und märchenhaften Gedankenhüllen ruhiggestellt, gemolken und geschlachtet werden kann. Und es hält still und folgt willig.

Zur Belohnung darf es wählen und Steuern zahlen, seine Meinung kundtun, fernsehen und große Überschriften auf Zeitungsseiten mit Titten lesen. Auch Hühner dürfen scharren, picken und gackern. Doch wenn sie keine Eier mehr legen oder ihr Schlachtalter erreicht haben, kommt die Planieraupe bzw. der Schaufelstapler und schiebt sie auf den Lkw, der bei Nacht und Nebel zum Schlachthof fährt. Sie sind nicht als lebende Wesen angesehen, sondern bilden kalkulierbare Betriebsmittel eines Profit Centers in einem Umfeld aus Dumpingpreisen und EU-Subventionen, um den Markt zu bereinigen. Kleinbetriebe mit artgerechter Tierhaltung ohne Chemikalien müssen verschwinden. Vegetarische Ernährung als Alternative wird totgeschwiegen. Die Namen ändern sich. Das Prinzip bleibt: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Kolchosen lassen herzlich grüßen.

1914 gelang es noch, naive Knaben im Alter von achtzehn Jahren für Uniformen zu begeistern, in denen sie erschossen wurden, ihre Trommelfelle platzten oder sie erfroren sind. Heute lassen deutsche Behörden die Menschen am Leben, um

sie jahrzehntelang ausbeuten zu können. Nur mit dem lebenden Körper eines Bundesbürgers läßt sich allerlei Umsatz erzielen, mit dem toten nicht mehr wirklich viel. Die gegenwärtigen Wirtschaftskriege und Computerprogramme überwinden Grenzen aller Art.

Heute wird global gehandelt, "Mach, daß du Land gewinnst!" ist ein Spruch aus dem neunzehnten Jahrhundert, der seit dem zwanzigsten Jahrhundert durch asiatische Wirtschaftskunst hinfällig ist. Die asiatische Kampfkunst erfreut Touristen und Kinobesucher, in Filmen wie "Matrix" wird sie europäischen Konsumenten nahegebracht zusammen mit der Botschaft, die Gleichschaltung des Steuerviehs sei nur eine cineastische Phantasie durchgeknallter Filmproduzenten und Computer-Animateure. Nicht einmal die Kunst erreicht die Menschen, die es angeht.

Hans Kolpak, Bundesvorstand für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Partei der Vernunft: "Wenn Wirtschaftswissenschaftler einander widersprechen, haben Politiker die freie Auswahl. Die Tagespolitik befreit sie von der Qual der Wahl. Hirn ist nicht gefragt. Was wirklich zählt, sind Macht und Geld. Die menschliche Seele wäre zufrieden. Doch sie bleibt auf der Strecke. Der menschliche Verstand dominiert und kriegt den Hals nicht voll. Doch genauso, wie wir der Staat sind, so sind wir auch die Wirtschaft. Und wenn wir belogen und betrogen werden, dann entziehen wir denen unser Vertrauen, denen wir zuvor willig folgten. Warum? Es tut weh, wenn jahrelang Geld in der eigenen Kasse fehlt und wir anders leben müssen, weil das fehlende Geld alle Ersparnisse und Reserven materieller Art aufgezehrt hat!"

Welche Perspektiven haben Bundesbürger und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, außer sich per Leserbrief oder online in einem polarisierenden Kommentar vom 17. Oktober 2009 zur Umverteilungsmaschinerie mitzuteilen? "Wollen wir umverteilen bis zum Umfallen?" fragt Andrea Seibel für DIE WELT. (1) Paul Kirchhof wurde gescholten wegen einer FLAT TAX von 25 Prozent, statt ihn zu loben wegen seines Fingers, der nicht in Wunden herumstochert, sondern in eine gute Richtung weist. Welche Kräfte mobben solche Leute wie Paul Kirchhof hinaus? Was geschieht mit einer Angela Merkel, die ihre Beobachtungen treffend öffentlich zu bekunden weiß, aber während ihrer Regierungsverantwortung einfach und ohne Worte eingenordet wird, um reibungslos zu funktionieren, wie andere vor ihr?

Warum werden politische Führungskräfte eingenordet, bis sie widerstandslos die Steuerzahler belügen und betrügen, die jeden Weiße-Kragen-Kriminellen in der Wirtschaft von Schreck erschauern läßt? Andrea Seibel: "Aus dem Freiheitsstaat ist ein Sozialstaat geworden, ein Staat, der immer nur nimmt, um umzuverteilen, ein Staat, der klammert, der den Bürger nicht in Ruhe lassen will, sondern beschützen, lenken und bevormunden bis in die kleinsten Facetten des Alltags hinein."

Die Dreistigkeit des Umverteilungsmolochs gipfelt darin, sich das meiste Geld für seine aufgeblasene Bürokratie über die Preise für Waren und Dienstleistungen zu krallen, wobei das Bewußtsein verloren geht, daß wir ein halbes Jahr nur für die nimmersatte Obrigkeit arbeiten und erst im zweiten Halbjahr für uns selbst. Dabei kommt noch erschwerend hinzu, daß bereits versteuertes Geld nochmals versteuert wird, sobald Geld vererbt oder ausgegeben wird. Eine Steuerflucht ist unmöglich. Das ist deutscher Perfektionismus auf dem kulturellen Niveau des französischen Zentralismus: EU-Diktatur pur.

Andrea Seibel: "Dem Staat ist es dabei gelungen, als der Gute und Saubere dazustehen, der Rechtes tut und ohne den alles im Chaos der Egoisten versänke. Und gerade der verschuldete Staat der Gegenwart nimmt weiter, statt zu sparen oder sich einer Renovation zu unterziehen." Der Schmerz und die Ausweglosigkeit für politisch korrekte Medien, aber auch für politisch Verantwortliche Partei-Diktatoren müssen inzwischen so groß sein, daß sogar ein solchermaßen ungewöhnlich provokanter Kommentar in DIE WELT hingenommen wird.

Es ist bekannt, daß Kleinparteien mutig Themen aufgreifen und die gleichen Themen fallen lassen wie heiße Kartoffeln, sobald sie Mandatsträger entsenden dürfen. Koalitionen mit etablierten Parteien sind hochtoxisch. Parallel dazu werden Kleinparteien unterwandert und mit demokratischen Mitteln durch Abstimmungen eingenordet. Wenn es ganz schlimm kommt, haben sich halt zwei Führungskräfte gestritten und ihre Wege trennten sich. So wird aus einer aufstrebenden Partei ganz schnell wieder eine Kleinpartei. Die Geschichte des Deutschen Bundestages spricht für sich. Was bleibt, ist die Kommunalpolitik.

Der Wahlkampf wird mit theoretischen Wahlprogrammen geführt, die abseits jeglicher Realität veröffentlicht werden dürfen. Bei Koalitionsverhandlungen werden Schaugefechte geführt und in Regierungserklärungen große Töne gespuckt. Doch dann, ganz unMERKlich, schleichen sich die "Reformen" ein. Die ursprünglichen an den Bundesbürgern orientierten Absichten gehen verloren. Still und heimlich, leise und verstohlen verläuft im Sande, was zuvor mit großem Getöse verkündet worden war, um gewählt zu werden.

Wer es überdrüssig ist, aus dem Hause des Bundesfinanzministeriums Schönsschreib zu lesen und Neusprech zu hören (2), mag geneigt sein, einen Blick auf Belgien, Finnland, Irland, Kanada, Neuseeland und die Niederlande zu werfen, die sich erfolgreich anders organisiert haben, ohne am Hungertuch zu nagen: Peter Hahne kommentierte unter dem Titel "Der Staat würgt das Wachstum ab" für DIE WELT am 2. November 2005 die unterschiedlichen Auswirkungen unterschiedlich hoher Staatsquoten: "Als grobe Faustregel ergab die Untersuchung von Tanzi und Schuknecht, daß eine Senkung der Ausgabenquote um zehn Prozent das Wachstum langfristig um 1,5 Prozentpunkte erhöht hat. ... Der Staat gibt in Deutschland damit nicht nur zu viel Geld aus - sondern er gibt es auch an der falschen Stelle aus." (3)

Die meisten Menschen glauben, wenn der Staat mehr Geld braucht, muss er die Steuern erhöhen. Meist ist das erlogene Argument: Für die Kinder, die soziale Gerechtigkeit oder die Umwelt. Das Gegenteil ist zutreffend! Mit niedrigeren Steuersätzen und dafür weniger Ausnahmen steigen die Steuereinnahmen nachgewiesenermaßen, weil die Steuerzahler ehrlicher werden und die wirtschaftliche Tätigkeit stark zunimmt.

Fast alle Maßnahmen der 'Partei der Vernunft' im Arbeitsmarkt laufen auf Flexibilisierung hinaus. Die Bevölkerung glaubt, mehr Flexibilisierung, bedeute höhere Unsicherheit. Auch hier ist nachweislich das Gegenteil der Fall. In einem vollständig flexiblen Arbeitsmarkt kommt es zunächst zu Vollbeschäftigung und sehr schnell zu einem Arbeitskräftemangel, sowie automatisch zu Lohnsteigerungen. Der einzelne Arbeitsplatz wird sicherer, weil jeder Arbeitnehmer sofort einen neuen findet, sollte er einmal entlassen werden.

Bis zum 0-Steuern-Modell für Arbeitslöhne, Beamtenbezüge und Unternehmensgewinne ist es noch ein weiter Weg. Die 'Partei der Vernunft' verspricht aber, nur dann in eine Koalition einzutreten, wenn als erster Schritt mindestens eine Flat Tax von einheitlich 25 Prozent und ein angestrebter Grundfreibetrag von 12.000 Euro in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. (4)

- (1) www.welt.de/politik/deutschland/article4881823/Wollen-wir-umverteilen-bis-zum-Umfallen.html
- (2) www.bundesfinanzministerium.de/nm_53510/DE/BMF__Startseite/KIartext/0008__Staatsquote.html
- (3) www.welt.de/print-welt/article174984/Der_Staat_wuergt_das_Wachstum_ab.html
- (4) www.partheidernunft.eu/partheidprogramm.html

Portrait

Portrait der Partei:

Die 'Partei der Vernunft' verfügt über ein umfassendes Rahmenprogramm, das größere Wählergruppen und erfahrene Politiker anspricht. Eindeutiger Fokus sind mittelfristige und langfristige Ziele in der Bundespolitik und in der Europapolitik. Da eine ideologische Enge auf links, mitte oder rechts kein Beweggrund zur Parteigründung war, werden sich Politiker aus vielen Lagern der 'Partei der Vernunft' anschließen können, ohne sich verbiegen zu müssen. Proteste und ideologische Streitereien überläßt die 'Partei der Vernunft' den vielen Bürgerinitiativen und Parteien, die Kleinparteien bleiben. Da der am 26. April 1997 angemahnte "Ruck durch Deutschland" inzwischen einem "Druck auf Deutschland" gewichen ist, kann es für die 'Partei der Vernunft' nur noch um große Ziele gehen. Positionen aus dem Parteiprogramm der 'Partei der Vernunft' tauchen bei etlichen Wahlprogrammen anderer Kleinparteien zur

Bundestagswahl 2009 auf. Warum? Es gibt Herausforderungen, die sind offensichtlich. Wähler, Parteimitglieder und Politiker werden sich der 'Partei der Vernunft' in monatlich wachsender Anzahl anschließen, weil es keine Alternative gibt.

News-ID: 362574 • Views: 202 (Stand: 08.05.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/362574/Partei-der-Vernunft-fragt-Steuerbuerger-oder-Steuervieh.html>